

Niederschrift der 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.07.2017 - öffentlichlicher Teil

Datum: 11.07.2017

Zeit: 17:00 Uhr –17:41 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Frank Bretsch	SPD/BVB	
Herr Uwe Neumann	SPD/BVB	Vertretung für Herrn Burkhard Fleischmann

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	
Herr Andreas Meyer	CDU	ab 17:03 Uhr

Fraktion DIE LINKE

Frau Madlen Bismar	DIE LINKE	
--------------------	-----------	--

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sylvia Konang	Kreissportjugend Uckermark	
Frau Susann Löscher	Angermünder Bildungswerk e.V.	
Herr Reinhard Mahnke	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.	
Frau Marion Mangliers	AWO Kreisverband Uckermark e.V.	
Frau Anja Springborn	EJF gemeinnützige AG	Vertretung für Herrn Frank Hinz

Beratende Mitglieder

Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter	
Herr Heiko Stäck	Jugendamt/SGL Jugendförderung/Kita	Vertretung für Herrn Matthias Genschow
Frau Ute Armenat	Gleichstellungs-, Behinderten- und Seniorenbeauftragte	
Frau Heike Hellwig-Kluge	Kreissportbund Uckermark	
Herr Roland Klatt	Staatliches Schulamt Frankfurt/Oder	
Herr Ralf Klaus	Kreisrat der Lehrkräfte	
Frau Susanne Krasemann	Gesundheits- und Veterinäramt	
Frau Sandra Urand	Polizeibehörde	
Frau Anja Weckert	Bundesagentur für Arbeit (Träger SGB III)	

Schriftführerin

Frau Michaela Felgener Büro des Kreistages

Gäste

Frau Brigitte Eikemper-Gerlach sachkundige Einwohnerin
(Finanz- und Rechnungsprü-
fungsausschuss)

Herr Wolfgang Seyfried SPD/BVB

Herr Westermeier Lehrer an der Artur Becker
Schule Prenzlau

Abwesende Ausschussmitglieder:**SPD/BVB-Fraktion**

Herr Burkhard Fleischmann SPD/BVB

entschuldigt

Frau Astrid Hirschfelder SPD/BVB

CDU-Fraktion

Herr Tobias Schween CDU

Fraktion DIE LINKE

Frau Evelin Wenzel DIE LINKE

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler FDP

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerd Henselin Gemeinnützige Gesellschaft
zur Förderung Brandenburger
Kinder und Jugendlicher mbH entschuldigt

Herr Frank Hinz EJV gAG DSPZ "Am Talsand"
Schwedt entschuldigt

Beratende Mitglieder

Herr Dietmar Schulze Landrat entschuldigt

Herr Matthias Genschow Amtsleiter Jugendamt entschuldigt

Frau Sylvia Ader Kreisrat der Eltern

Herr Dek. Bernhard Kohnke Katholische Kirche

Herr Roger Schippers Amtsgericht Prenzlau

Herr Holger Schubert Evangelische Kirche

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Bretsch begrüßt den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung und die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass 4 Abgeordnete und 5 weitere stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Bretsch stellt fest, dass die Tagesordnung den Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Bretsch merkt an, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.05.2017 - öffentlicher Teil
211/2017
4. Informationen
 - 4.1 Meldungen Gefährdung Kindeswohl
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
8. Beratung zur Umsetzung der Drucksache 622/2016 - Änderung und Ergänzung der Rahmenvereinbarung für Leistung, Qualitätsentwicklung und Entgelte in der Jugendhilfe (RV LQEV)
9. Förderung von Beratungsangeboten in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit 2017
BV/739/2017

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.05.2017 - öffentlicher Teil

Vorlage: 211/2017

Herr Bretsch stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (5. Wahlperiode) am 16.05.2017 – öffentlicher Teil - eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

zu TOP 4.1: Meldungen Gefährdung Kindeswohl

Herr Stäck informiert über den aktuellen Stand der Kindeswohlgefährdungen (KWG) im Landkreis Uckermark. Er teilt mit, dass zum Stichtag 07.07.2017 insgesamt 152 Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen im Jugendamt des Landkreises eingegangen sind, von denen sich 69 nicht bestätigt haben und 68 als Kindeswohlgefährdungen eingeschätzt wurden. Bei 15 Meldungen ist die Gefährdungseinschätzung noch nicht abgeschlossen.

Ab 17:03 Uhr nimmt Herr Meyer an der Sitzung teil.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Westermeier ist Klassenlehrer einer 3. Klasse an der Artur Becker Schule in Prenzlau. In dieser Klasse gibt es 2 Kinder, die Lernschwierigkeiten haben. Nun wird seitens des Kollegiums intensiv nach Fördermöglichkeiten gesucht, da die schulischen Möglichkeiten nicht ausreichen. Als effektiv sah man das Duden Institut für Lerntherapie in Prenzlau. Problematisch stellt sich nun die Finanzierung dar. Für ein Kind wurde die Kostenübernahme beim Jugendamt beantragt und durch dieses abgelehnt. Für ein weiteres Kind wurde die Kostenübernahme beim Jobcenter beantragt. Auch hier erfolgte ein ablehnender Bescheid. Durch Zufall wurde die Schule auf die Bildungsförderrichtlinie des Landkreises Uckermark aufmerksam. Es wurde nun versucht, die Kostenübernahme für das Duden Institut für ein lernschwaches Kind über diese Bildungsförderrichtlinie zu bewirken. Die Schwierigkeit hier ist aber, dass eine hälftige Kostenteilung erfolgt. Die betroffenen Kinder stammen aber aus sozial schwachen Familien, die sich dies nicht leisten können.

Herr Westermeier erkundigt sich nach weiteren Möglichkeiten, wenn das Jugendamt bzw. das Jobcenter die entsprechenden Anträge ablehnt.

Herr Bretsch informiert, dass aus seiner Erfahrung noch nie eine Förderung über PETEG (Duden) erstattungsfähig war. Er schlägt ein gemeinsames Gespräch im Jugendamt vor, um zu eruieren, ob alle anderen schulischen und außerschulischen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Weiterhin weist er darauf hin, dass der Gesetzgeber erwartet, dass derjenige der erziehungs- bzw. sorgeberechtigt ist, die entsprechenden Anträge an der richtigen Stelle stellt oder sich angemessen beteiligt.

Herr Bretsch weist explizit darauf hin, dass Förderungen grundsätzlich so angelegt sind, dass diese auf einen Eigenanteil und einen Förderanteil orientieren.

Herr Klatt informiert in diesem Zusammenhang, dass die Bildungsförderrichtlinie des Landkreises Uckermark in jeder Dienstberatung mit allen Schulleitern des Landkreises Uckermark erörtert wurde.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Dr. Gerlach fragt nach, wie sich die Ausfinanzierung des Kindertagesstättenanpassungsgesetzes darstellt.

Herr Bretsch schlägt vor, dies als einen Tagesordnungspunkt zur Sitzung am 12.09.2017 aufzunehmen.

Herr Dr. Gerlach ist damit einverstanden.

zu TOP 7: Anträge

Herr Bretsch informiert, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Beratung zur Umsetzung der Drucksache 622/2016 - Änderung und Ergänzung der Rahmenvereinbarung für Leistung, Qualitätsentwicklung und Entgelte in der Jugendhilfe (RV LQEV)

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt Herr Bretsch die Sitzungsleitung an Frau Bismar, da er sich an der Beratung zur Sache beteiligen wird.

Herr Bretsch führt aus, dass mit der Drucksache 622/2016 der Kreistag am 07.12.2016 die Änderungen bzw. Ergänzungen der Rahmenvereinbarung für Leistung, Qualitätsentwicklung und Entgelte in der Jugendhilfe (RV LQEV) beschlossen hat.

Zur Ergänzung dieses Kreistagsbeschlusses bedarf es einer Regelungsausgestaltung in der Form, dass hierzu Kriterien für eine Zuschussbemessung aufzustellen sind, die eine auskömmliche Finanzierung einer individuell erbrachten Jugendhilfeleistung im Kontext des entsprechend vereinbarten Hilfeplanes auch bei wirtschaftlicher Notsituation des Leistungsanbieters bis zum Vertragsende sicherstellt und somit einen vorzeitigen Abbruch verhindert.

Er schlägt vor, dass der Kreistag in Ergänzung der Drucksache 622/2016 ab dem 01.01.2018 abweichend von den beschlossenen Richtwerten der Rahmenvereinbarung LQEV beschließt, zusätzliche Mittel zu gewähren, die von den Leistungsanbietern im Einzelfall benötigt werden.

Als Voraussetzung ist mittels eines gesonderten Antrags durch den in Frage kommenden Leistungsanbieter der entsprechende Fehlbedarf nachzuweisen.

Der individuelle Zuschuss kann nur bis zur Höhe des nachgewiesenen Fehlbedarfes gewährt werden.

Dafür stellt der Leistungsanbieter der Verwaltung alle für die Prüfung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung.

Er wird diese Ausführungen als Antrag formulieren und für die SPD/BVB-Fraktion zum nächsten Jugendhilfeausschuss am 12.09.2017 zur Beschlussfassung vorlegen. Hintergrund sind unterschiedliche Gespräche mit freien Trägern. Hierbei stellte sich heraus, dass einige Leistungsanbieter nicht mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auskommen. Da diese Träger dennoch ihre Leistungen erbringen können, wird der v.g. Antrag eingebracht.

Da dieser Antrag dann in den Haushalt des Landkreises Uckermark eingreift, sind ebenfalls die Beschlüsse im FRA, KA und Kreistag herbeizuführen.

Frau Mangliers weist auf die fehlenden inhaltlich-fachlichen Punkte hin, die noch nicht abschließend geklärt sind. Herr Bretsch informiert, dass in der Beratung der AG § 78 - Hilfe zur Erziehung (HzE) ein dringender finanzieller Bedarf deutlich gemacht wurde, welcher möglichst zum 01.01.2018 geklärt werden sollte. Auf der anderen Seite ist über die inhaltliche Ausgestaltung der LQEV zu beraten. Dies sollte in enger Zusammenarbeit des Unterausschusses Jugendhilfeplanung mit der AG § 78 - Hilfe zur Erziehung (HzE) erfolgen und dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt werden.

Herr Dr. Gerlach bittet um die Vorlage eines Verzeichnisses, welches die Rechtsquellen benennt, auf welche sich der Antrag stützt. Herr Bretsch sagt dies zu.

Frau Bismar übergibt die Sitzungsleitung wieder an Herrn Bretsch.

zu TOP 9: Förderung von Beratungsangeboten in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit 2017
Vorlage: BV/739/2017

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der Maßnahme „Entwicklung von fachpolitischen Leitlinien für die Sozialarbeit an Schulen im Landkreis Uckermark“ in Höhe von 1.455,20 EUR.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zur Kenntnis genommen:

gez. Frank Bretsch
Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Michaela Felgener
Schriftführerin